



## NIEDERSCHRIFT

### 7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

<b>am</b>	17. November 2016
<b>im</b>	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
<b>Beginn</b>	19:00 Uhr
<b>Ende</b>	21:00 Uhr

**Anwesende:**

**SPD-Fraktion**

Ackermann, Klaus  
Dittrich, Manfred  
Fischer, Wilhelm  
Girardi, Donato  
Gürkan, Benjamin  
Harnischfeger, Lukas  
Hofmann, Doris  
Hofmann, Heike  
Keil, Kathrin  
Koch, Alexander Dr.  
Kurpiers, Christian  
Ludwig, Alexander  
Naas, Stefanie  
Sausner, Barbara  
Schafhausen, Julius  
Stein, Reinhold

**CDU-Fraktion**

Brunner, Bernd  
Dürr, Ina  
Köhler, Lutz  
Mager, Marcus  
Nungesser, Werner  
Sehlbach, Sebastian  
Snitil, Melinda  
Tillmann, Ursel

**ALW-Fraktion**

Amend, Heinz Günther  
Becker, Birgit  
Geertz, Matthias  
Möllmann, Martin  
Petri, Heinz-Ludwig  
Pohl, Barbara Dr.  
Wächter, Gunter

**FWW-Fraktion**

Heßberger, Michael  
Moczygemba, Eugen  
Weldert, Kurt

**Magistrat**

Berger, Manfred  
Fischer, Willi  
Geter, Stephan  
Hamm, Udo Dr.  
Hasenauer, Josef  
Mager, Philipp  
Merlau, Günter  
Möller, Ralf  
Reitz-Gottschall, Angelika  
Spätling-Slomka, Dorothea  
Thalheimer, Werner

**Ausländerbeirat**

Tomasulo, Maria Donata

**Seniorenbeirat**

Götz, Gerhard

**Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

Pohl, Bastian

**Schriftführung**

Zettel, Annette

**Verwaltung**

Wesp, Frank

**Presse**

Eisenmann, Sabine

**Entschuldigt fehlen:**

**SPD-Fraktion**

Enzmann, Andreas

**CDU-Fraktion**

Meinhardt, Lisa

**FWW-Fraktion**

Lorenz, Lydia

**Magistrat**

Pohl, Edgar

Stadtverordnetenvorsteher Dittrich eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Insbesondere begrüßt er eine Gruppe in Weiterstadt untergebrachte Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Somalia, die an der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung als Gäste teilnehmen. Im Rahmen der Aktion „Demokratie in Hessen erleben“, die unter der Schirmherrschaft des Hessischen Landtagspräsidenten Norbert Kartmann und Ministerpräsidenten Volker Bouffier steht, sollen Flüchtlinge einen Einblick in gelebte Demokratie bekommen. Der Ausländerbeirat hat diesen Besuch unter dem Motto „Flüchtlinge gewinnen einen Einblick in die Weiterstädter Kommunalpolitik“ organisiert. Schirmherr in Weiterstadt ist der Stadtverordnetenvorsteher.

Weiterhin gratuliert er im Namen der Stadtverordnetenversammlung Herrn Weldert zu seinem 65. Geburtstag.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	<b>Drucksache</b>
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober 2016	
2. Bericht des Bürgermeisters	
3. Umgang mit Vorlagen aus der letzten Legislaturperiode; Anfrage der ALW-Fraktion	10/0133
3.1. Beantwortung der Anfrage	10/0133/1
4. Bebauungsplan "Wohngebiet südlich des Beuneweges" Beschluss über die Fortführung des Verfahrens	10/0128/1
5. "Essbare Stadt"; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW	10/0134
6. Nitratbelastung im Grundwasser; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW	10/0135
7. Zwischenbericht zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer	10/0040/3
8. Schaffung einer Stelle als Hilfspolizeibeamter	10/0114/1
9. Neuregelung der rechtlichen Grundlagen (Förderrichtlinien) der Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Rahmen des Konzeptes "Bildung aus einer Hand"	10/0108/1
10. Bericht Kommunales Kompetenzzentrum für Bildungsinnovation (KoBi)	10/0117/1
10.1. Konkretisierung des Beschlussvorschlages	10/0117/2
11. Aktionsplan "Demokratie (er-)leben mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien"; Stellungnahme des Bildungsbeirates	10/0110/1
12. Bildungsgesamtplan 2016 - 2020	10/0112/1
12.1. Aufträge aus der Stadtverordnetenversammlung	10/0112/2
13. Einführung einer Sportlerehrung durch die Stadt Weiterstadt in Zusammenarbeit mit den Vereinen; Antrag der CDU-Fraktion	10/0136
14. Satzung für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Weiterstadt/ Hausordnung für die Obdachlosenunterkünfte	10/0150/1
15. Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2017	10/0158/1

16.	Investitionsprogramm der Stadt Weiterstadt zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017 für die Jahre 2016 bis 2020	10/0162/1
17.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017	10/0163/1
18.	Investitionsprogramm des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilienservice zum Wirtschaftsplan 2017 für die Jahre 2016 bis 2020	10/0146/1
19.	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilienservice für das Wirtschaftsjahr 2017	10/0148/1
20.	Investitionsprogramm des Eigenbetriebes Stadtwerke Weiterstadt zum Wirtschaftsplan 2017 für die Jahre 2016 bis 2020	10/0137/2
21.	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtwerke Weiterstadt für das Wirtschaftsjahr 2017	10/0126/2
22.	Beitritt zur hessischen Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität; Antrag der ALW-Fraktion	10/0156
23.	Platz vor der Sporthalle der Albrecht-Dürer-Schule und der Dr.-Horst-Schmidt-Halle; Antrag der ALW-Fraktion	10/0166
24.	Mitteilungen	

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Dittrich berichtet, dass der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung am 25. Oktober 2016 über „die Praxis der Ausschussüberweisung von Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung“ beraten hat. Als Ergebnis ist folgendes festzuhalten:

- Gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung kann jeder Antragsteller selbst entscheiden, ob sein Antrag direkt im Ausschuss behandelt oder in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird.
- Wie bisher erhält der Antragsteller (hier: jeder Stadtverordnete, jede Fraktion oder der Bürgermeister) nach Aufruf des Tagesordnungspunktes zuerst das Wort zur Begründung des Antrages (§ 20 Abs. 1). Danach erfolgen die Beratung bis zum Schluss der Debatte und die Abstimmung über den Antrag oder ggfls. über eine Ausschussüberweisung.
- Bei Drucksachen (hier: Anträge des Magistrates) wird bei Wunsch einer Fraktion auf Ausschussüberweisung die Drucksache ohne Aussprache direkt zur Abstimmung über die Ausschussüberweisung gestellt.

Zum Umgang mit Vorlagen aus der letzten Legislaturperiode verweist der Ältestenrat auf das Schreiben des Hessischen Städte- und Gemeindebundes vom 11. Oktober 2016 (siehe Top 3/Drucksache 10/0133/1). Es ist festzustellen, dass es auf kommunaler Ebene kein Diskontinuitätsprinzip gibt. Anträge sind mit abschließender Beschlussfassung erledigt.

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Dittrich befragt die Versammlung, ob weiter so verfahren werden soll. Die Fraktionen signalisieren Zustimmung.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober 2016**

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 13. Oktober 2016 werden nicht erhoben. Sie ist somit rechtskräftig.

## **Tagesordnungspunkt 2 Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister Möller berichtet über:

Das Land Hessen wird den Landkreisen zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Unterbringung der Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Die Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg haben mit dem Landkreis vereinbart, dass eine Hälfte der Zuwendung beim Kreis verbleibt und die andere Hälfte auf die Kommunen aufgeteilt wird.

## **Tagesordnungspunkt 3 Umgang mit Vorlagen aus der letzten Legislaturperiode; Anfrage der ALW-Fraktion Drucksache: 10/0133**

### **Tagesordnungspunkt 3.1 Beantwortung der Anfrage Drucksache: 10/0133/1**

Die Anfrage der ALW-Fraktion wurde mit Datum vom 7. November 2016 schriftlich beantwortet und liegt der Stadtverordnetenversammlung vor.

## **Tagesordnungspunkt 4 Bebauungsplan "Wohngebiet südlich des Beuneweges" Beschluss über die Fortführung des Verfahrens Drucksache: 10/0128/1**

Die Drucksache wurde am 31. Oktober 2016 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr beraten.

Stellungnahme wird von der CDU-Fraktion abgegeben.

### **Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr folgenden Beschluss:**

Das Bauleitplanverfahren zur Erstellung des Bebauungsplanes „Wohngebiet südlich des Beuneweges“ wird fortgeführt.

### **Abstimmungsergebnis:**

27	Ja-Stimmen	(1 CDU, 7 ALW, 3 FWW, 16 SPD)
6	Nein-Stimmen	(6 CDU)
1	Enthaltung	(1 CDU)

**Tagesordnungspunkt 5**  
**"Essbare Stadt"; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW**  
**Drucksache: 10/0134**

Die Anfrage wurde am 31. Oktober 2016 im Ausschuss für Umwelt und Energie beraten.

Stellungnahmen werden von allen Fraktionen abgegeben.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Energie folgenden Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit eine Konzeption und Realisierungsmöglichkeiten für die Initiative "Essbare Stadt" (Gemeinschaftsgärten) zu entwickeln sind und hierbei den Obst- und Gartenbauverein und potenziell interessierte Bürgerinnen und Bürgern bei der Entwicklung zu beteiligen.

**Abstimmungsergebnis:**

23	Ja-Stimmen	(4 ALW, 3 FWW, 16 SPD)
9	Nein-Stimmen	(8 CDU, 1 ALW)
2	Enthaltungen	(2 ALW)

**Tagesordnungspunkt 6**  
**Nitratbelastung im Grundwasser; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW**  
**Drucksache: 10/0135**

Der Antrag wurde am 31. Oktober 2016 im Ausschuss für Umwelt und Energie beraten.

Stellungnahmen werden von den Fraktionen von SPD, ALW und CDU abgegeben.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Energie folgenden Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt zu überprüfen, welche Daten beschaffbar bzw. vorhanden sind, die darlegen können, wie die Unterschiede der Nitratbelastung zwischen privaten Brunnen in Weiterstadt und offiziellen Messungen der Wasserversorger zustande kommen und welche Möglichkeiten (inkl. Kostenermittlung) es gibt, die Nitratbelastung des Grundwassers in der Gemarkung der Stadt Weiterstadt zu ermitteln. Betrachtet werden soll die gesamte Gemarkung.

**Abstimmungsergebnis:**

19	Ja-Stimmen	(3 FWW, 16 SPD)
10	Nein-Stimmen	(8 CDU, 2 ALW)
5	Enthaltungen	(5 ALW)

**Tagesordnungspunkt 7**  
**Zwischenbericht zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer**  
**Drucksache: 10/0040/3**

Die Drucksache wurde am 3. November 2016 im Haupt- und Finanzausschuss beraten.

Stellungnahmen werden nicht abgegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Zwischenbericht zur Einführung der Zweitwohnungssteuer mit Beantwortung der Anfrage der ALW-Fraktion vom 29. Mai 2016 zur Kenntnis.

**Tagesordnungspunkt 8**  
**Schaffung einer Stelle als Hilfspolizeibeamter**  
**Drucksache: 10/0114/1**

Die Drucksache wurde am 3. November 2016 im Haupt- und Finanzausschuss beraten.

Stellungnahmen werden nicht abgegeben.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses folgenden Beschluss:**

Der Schaffung einer neuen Stelle im Fachbereich II Fachdienst 1 im Haushalt 2017 sowie der Einstellung einer/eines Hilfspolizeibeamtin/Hilfspolizeibeamten in der Entgeltgruppe 6 TVöD wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 9**  
**Neuregelung der rechtlichen Grundlagen (Förderrichtlinien) der Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Rahmen des Konzeptes "Bildung aus einer Hand"**  
**Drucksache: 10/0108/1**

Die Drucksache wurde am 10. November 2016 im Haupt- und Finanzausschuss und Ausschuss für Soziales und Kultur beraten.

Stellungnahmen werden nicht abgegeben.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und Ausschusses für Soziales und Kultur folgenden Beschluss:**

1. Die Kündigung der bestehenden Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe wird fristgemäß zum 1. Juli 2017 beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Förderrichtlinien zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe zu entwickeln, welche die Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit von Stadt und Schulen bei der Gestaltung von Ganztagschulen bilden sollen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Tagesordnungspunkt 10**

**Bericht Kommunales Kompetenzzentrum für Bildungsinnovation (KoBi)**

**Drucksache: 10/0117/1**

**Tagesordnungspunkt 10.1**

**Konkretisierung des Beschlussvorschlages**

**Drucksache: 10/0117/2**

Die Drucksache wurde am 10. November 2016 im Haupt- und Finanzausschuss und Ausschuss für Soziales und Kultur beraten.

Stellungnahmen werden von allen Fraktionen abgegeben.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur folgenden Beschluss:**

1. Der „Bericht des Kommunalen Kompetenzzentrums für Bildungsinnovation Juli 2014 bis Juli 2016 wird wie vorgelegt beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt
  - a. die Geschäftsordnung des KoBi dahingehend zu überarbeiten, den vorgesehenen Beirat ersatzlos zu streichen. Die überarbeitete Geschäftsordnung ist der Stadtverordnetenversammlung bis Anfang 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.
  - b. bis Ende 2017 einen zweiten Erfahrungsbericht über die Arbeit des KoBi vorzulegen, der die Grundlage bildet für die abschließende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung hinsichtlich des weiteren Betriebes oder der Auflösung des KoBi.
3. Für 2017 wird der kommunale Finanzierungsanteil für das KoBi auf maximal 9.000,00 € festgeschrieben. Evtl. darüber hinaus benötigte Finanzmittel müssen in Form von Eigeneinnahmen oder Spenden des KoBi gedeckt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig



### **Tagesordnungspunkt 11**

#### **Aktionsplan "Demokratie (er-)leben mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien"; Stellungnahme des Bildungsbeirates**

**Drucksache: 10/0110/1**

Die Drucksache wurde am 10. November 2016 im Haupt- und Finanzausschuss und im Ausschuss für Soziales und Kultur beraten.

Stellungnahme wird von der CDU-Fraktion abgegeben.

#### **Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur folgenden Beschluss:**

1. Die Stellungnahme des Bildungsbeirates zum Aktionsplan „Demokratie (er-)leben mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bildungsbeirat der Stadt Weiterstadt, eine Demokratisierungsinitiative vor Ort aufzubauen. Der o.g. Aktionsplan ist Ausgangspunkt dieser Kooperation.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zum Ende des Jahres 2017 über Ergebnisse und Maßnahmen zu berichten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Tagesordnungspunkt 12**

#### **Bildungsgesamtplan 2016 - 2020**

**Drucksache: 10/0112/1**

#### **Tagesordnungspunkt 12.1**

##### **Aufträge aus der Stadtverordnetenversammlung**

**Drucksache: 10/0112/2**

Die Drucksache wurde am 10. November 2016 im Haupt- und Finanzausschuss und im Ausschuss für Soziales und Kultur beraten.

Stellungnahmen werden von allen Fraktionen abgegeben.

#### **Die Stadtverordnetenversammlung fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur folgenden Beschluss:**

1. Der Bildungsgesamtplan 2016 – 2020 wird wie vorgelegt beschlossen und der Bildungsbeirat mit der Umsetzung betraut.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bildungsgesamtplan gemeinsam mit den Organen des Bildungsbeirates einer breiten lokalen Öffentlichkeit sowie Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 13**  
**Einführung einer Sportlerehrung durch die Stadt Weiterstadt in Zusammenarbeit mit den Vereinen; Antrag der CDU-Fraktion**  
**Drucksache: 10/0136**

Die Drucksache wurde am 10. November 2016 im Haupt- und Finanzausschuss und Ausschuss für Soziales und Kultur beraten.

Die CDU-Fraktion gibt eine Stellungnahme ab und zieht ihren Antrag daraufhin zurück.

**Tagesordnungspunkt 14**  
**Satzung für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Weiterstadt/ Hausordnung für die Obdachlosenunterkünfte**  
**Drucksache: 10/0150/1**

Stellungnahmen werden nicht abgegeben.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:**

Die Drucksache vom 4. November 2016 wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Dittrich ruft die Tagesordnungspunkte 15 bis 21 gemeinsam auf.

**Tagesordnungspunkt 15**  
**Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2017**  
**Drucksache: 10/0158/1**

**Tagesordnungspunkt 16**  
**Investitionsprogramm der Stadt Weiterstadt zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017 für die Jahre 2016 bis 2020**  
**Drucksache: 10/0162/1**

**Tagesordnungspunkt 17**  
**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017**  
**Drucksache: 10/0163/1**

**Tagesordnungspunkt 18**  
**Investitionsprogramm des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilienservice zum Wirtschaftsplan 2017 für die Jahre 2016 bis 2020**  
**Drucksache: 10/0146/1**

**Tagesordnungspunkt 19**  
**Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilienservice für das Wirtschaftsjahr 2017**  
**Drucksache: 10/0148/1**

**Tagesordnungspunkt 20**  
**Investitionsprogramm des Eigenbetriebes Stadtwerke Weiterstadt zum Wirtschaftsplan 2017 für die Jahre 2016 bis 2020**  
**Drucksache: 10/0137/2**

**Tagesordnungspunkt 21**  
**Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtwerke Weiterstadt für das Wirtschaftsjahr 2017**  
**Drucksache: 10/0126/2**

Bürgermeister Möller stellt die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr mit Investitionsprogramm 2017 sowie die Wirtschaftspläne Stadtwerke Weiterstadt und Kommunaler Immobilienservice vor.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:**

Die Drucksachen 10/0158/1, 10/0162/1, 10/0163/1, 10/0146/1, 10/0148/1, 10/0137/2, 10/0126/2 werden zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 22**  
**Beitritt zur hessischen Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität; Antrag der ALW-Fraktion**  
**Drucksache: 10/0156**

Stellungnahmen werden von der ALW-Fraktion und von Bürgermeister Ralf Möller abgegeben.

Es wird Sofortbeschluss beantragt.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) beizutreten und deren Charta zu unterzeichnen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 23**  
**Platz vor der Sporthalle der Albrecht-Dürer-Schule und der Dr.-Horst-Schmidt-Halle; Antrag der ALW-Fraktion**  
**Drucksache: 10/0166**

Stellungnahmen werden von der ALW-Fraktion und Bürgermeister Ralf Möller abgegeben.

Es wird beantragt, die Drucksache an den Ausschuss zu überweisen.

**Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:**

Die Drucksache wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 24**  
**Mitteilungen**

Mitteilungen liegen keine vor.

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Dittrich teilt mit, dass vor der Sitzung Frau Birgit Becker bei ihm eine persönliche Erklärung gemäß § 23 der Geschäftsordnung angemeldet hat. Sie hat versichert, dass sie ihre persönliche Erklärung nicht zu einem heute zur Beratung anstehenden Verhandlungsgegenstand abgeben und die Redezeit von 3 Minuten einhalten wird.

Frau Becker gibt vor Schluss der Sitzung ihre Erklärung ab und nimmt Bezug auf Beiträge im „Knackpunkt“ einer Veröffentlichung der ALW und einer E-Mail von der SPD-Fraktion an die ALW-Fraktion, erläutert ihre persönliche Betroffenheit und kündigt eine weitere Veröffentlichung der ALW im „Knackpunkt“ an.

Gemäß Geschäftsordnung findet hierüber keine Beratung statt.

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Dittrich kündigt an, dass das Instrument der „persönlichen Erklärung“ Thema in der nächsten Sitzung des Ältestenrates wird.

Manfred Dittrich  
Stadtverordnetenvorsteher

Annette Zettel  
Schriftführung